



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

Das Programm des Wiener Kabinetts

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77071](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77071)

die 600 000 Soldaten der siegreichen Balkanstaaten dereinst sich dem Aufgebote der Randmächte anschließen und die Schlachten der Zukunft entscheiden würden. Unter diesem Eindruck stand auch die deutsche Regierung, weshalb im November 1912 in Berlin Beratungen über eine Verstärkung der Landmacht stattfanden, die 1913 zu der großen Wehrevorlage führten. Brach denn nicht der große Tag der slawischen Rasse heran? Der Panlawismus war nicht ein bloßes Schreckgespenst, sondern schien eine wirkliche Größe, die sich in der Zahl von gegen die Mittelmächte neu aufzubietenden Kriegern ausdrückte.

*

Das Programm des Wiener Kabinetts

Keine einzige europäische Regierung hatte den militärischen Zusammenbruch der Türkei erwartet, für Österreich-Ungarn aber wie auch für Deutschland war er eine bittere Enttäuschung. Die Militärs in diesen Staaten hatten die Widerstandskraft der Türkei überschätzt, die Diplomaten auf dieser falschen Annahme ihre Politik aufgebaut. Der Donaumonarchie widerfuhr unter den Möglichkeiten das Schlimmste. Die Türkei, so hatte Metternich gesagt, sei eine Grenze wie das Meer; an ihrer Stelle erhoben sich jetzt vulkanische Herde. Es war ein Symbol der geänderten Zeitverhältnisse, daß der Gemeinderat von Belgrad am 28. Oktober 1912 die Niederreißung des einstigen Wohnhauses des Prinzen Eugen anordnete.

Das Wiener Kabinett nahm aber, wie den Ausbruch, so auch den Ausgang des Krieges als unabwendbare Schicksalsfügung hin. Der 82jährige Kaiser wollte einen Krieg vermeiden und war darin mit dem Minister des Außereren einig. Die Slawen der Monarchie hegten für ihre Stammesbrüder auf dem Balkan die wärmste Teilnahme und feierten deren Siege begeistert mit; sie würden offenen Widerspruch erhoben haben, wenn österreichische Waffen für die Türkei aufgeboten worden

wären. An der russischen Grenze stand ein durch die angebliche Probemobilisierung verstärktes Heer. Nicht daß der Zar den Krieg wünschte; aber er würde ihn erklärt haben, wenn die Mittelmächte für die Türkei Partei genommen hätten. So trat auch Graf Berchtold nach den ersten Siegen der Verbündeten dem Grundsatz bei: „Der Balkan den Balkanvölkern!“

Lange Zeit war es der Wunsch der österreichischen Patrioten gewesen, auf den Bahnen des großen Savoyers einherzuschreiten. Graf Andrassy war jedoch der letzte Staatsmann, der sich mit Plänen dieser Art trug und deshalb der Monarchie in der Berliner Kongressakte die Straße nach Saloniki sicherte. Seine Nachfolger aber erklärten, Osterreich-Ungarn sei gesättigt; selbst Lehrenthal, der tatkräftigste unter ihnen, gab das Schlagwort aus, das Reich müsse eine Politik der Sammlung befolgen, was zum Verzicht auf den Sandschak führte. Als die Griechen am 8. November 1912 in Saloniki einzogen und die serbischen Truppen die Adria erreichten, war der größtosterreichische Wunschtraum, an das Ägäische Meer zu gelangen, verslogen. Graf Berchtold war mehr zu ruhigem Beschauen als zum Handeln und Wagen geschaffen. Er hatte dem Kaiser selbst vorgestellt, er sei für die stürmischen Zeiten nicht der geeignete Mann. Als Minister stellte er den Einwendungen gegen seine Politik nicht selten die Bemerkung entgegen, er habe sich nicht zu seinem Amte gedrängt. Nie aber sollte einem Manne die Verantwortung für das Schwerste aufgelastet werden, dem Ehrgeiz und Selbstvertrauen fehlen. Denn nur bei diesen Eigenschaften stellt sich die äußerste Anspannung des Geistes und des Willens ein, die nicht entbehrt werden kann, mögen auch guter Wille und Ehrenhaftigkeit über jeden Zweifel erhaben sein.

Die Selbstentäußerung einer Großmacht wird von den anderen in der Regel mit Lob begrüßt. Die Bundesgenossen sind gewöhnlich damit einverstanden, daß ihnen keine Anstrengung zugemutet wird, die Gegner empfinden Schadenfreude und sind, da ihre Pläne nicht durchkreuzt werden, einer Sorge ledig. Durch die Zurückhaltung des Wiener Kabinetts wurde ein europäischer Krieg vermieden. Auch der russischen Regierung

kam dies gelegen, da noch zwei Aufgaben vor ihr standen: die Feststellung der Staatsgrenzen zwischen dem Schwarzen Meere und der Adria, sodann die Festigung des Balkanbundes als eines Hebels zu größeren Kraftleistungen.

Nur in Rumänien war man beunruhigt und enttäuscht. König Carol hatte geglaubt, mit einer Macht verbündet zu sein, die, selbst ausgreifend, auch seinem Staate eine Vergrößerung verschaffen werde. Er wenigstens hegte keine Lust, sich durch die anderen Balkanstaaten in den Schatten drängen zu lassen. Zudem bestand eine Verabredung zwischen Wien und Bukarest, daß Rumänien bei der zu erwartenden Aufteilung der Halbinsel das Recht hätte, sein Gebiet nach Südosten auszu dehnen. Im Hinblick darauf sagte der König am 13. Oktober 1912, fünf Tage vor Kriegsausbruch, zum österreichisch-ungarischen Gesandten, Prinzen von Fürstenberg, daß er zunächst ebensowenig eingreifen wolle wie die Großmächte; im Falle eines durchschlagenden Sieges des Balkanbundes jedoch werde er ein Stück der bulgarischen Dobrudscha besetzen und Rumänien einverleiben. Am 31. Oktober, nach Eintritt der Voraussetzung, wiederholte er seine Ankündigung mit großer Bestimmtheit. Da das Wiener Kabinett auf das Zusammengehen mit Rumänien großen Wert legte, erhielt der Gesandte den Auftrag, seine Unterstützung zuzusagen.

Albanien durfte gleichfalls nicht vernachlässigt werden. Rálnoky, Goluchowski und Uehrenthal hatten die Bildung eines selbständigen Albanien vorbereitet, Berchtold noch im Sommer 1912 in gleichem Sinne gewirkt. Mit Italien bestanden seit 1901 und 1909 Verträge über die zukünftige Autonomie Albanien's. Wohl faßte das römische Kabinett die Gewinnung Valonas ins Auge, hielt aber mit seiner Absicht zurück; Österreich-Ungarn wieder wünschte ein freies und möglichst großes Albanien, da es nicht den Wunsch hegte, seinen zehn Nationalitäten eine elfte zuzugesellen. Wenn sich die zwei Kabinette auch gegenseitig mißtrauten, so waren sie doch in der Negation einig, denn keine mochte die Slawen an die Ostküste der Adria vordringen lassen. Der österreichische Einfluß in Albanien, so schmeichelten sich die Italiener, werde so schwer nicht zu beseitigen sein; dagegen würden die Serben, so sagte man sich

in Rom, wenn sie sich einmal in Durazzo festgesetzt hätten, kaum verdrängt werden können, da die ganze slawische Welt hinter ihnen stand. Zunächst also und für eine Übergangszeit entschied sich Italien gleichfalls für die Autonomie Albaniens. Bei dem Besuche des italienischen Ministers des Aeußeren, San Giuliano, in Berlin, Anfang November 1912, wurden diese Dinge besprochen, außerdem aber die Verlängerung des Dreibundes. Er lief noch länger als ein Jahr, indessen wurde ausgemacht, ihn jetzt schon zu erneuern. Das geschah durch den am 5. Dezember geschlossenen Vertrag, von welcher Tatsache die Öffentlichkeit auch in Kenntniß gesetzt wurde.

Der Übereinstimmung mit Italien sicher, stellte das Wiener Kabinett sein Balkanprogramm fest. Es ließ sich darüber am 30. Oktober in einer nach Berlin gerichteten Depesche und gleichzeitig in Rom vernehmen. Als Ziel Österreich-Ungarns wurde hingestellt:

„Die freie Entwicklung Albaniens. Ein Begehren Serbiens nach einer Gebietserweiterung bis an die Adria müsse a limine zurückgewiesen werden.

Die Befriedigung berechtigter Wünsche Rumäniens.

Sicherstellung wichtiger wirtschaftlicher Interessen Österreich-Ungarns am Balkan, insbesondere betreffs der Bahnverbindung mit dem Ägäischen Meere“¹⁾.

Die deutsche wie die italienische Regierung sprachen ihre Zustimmung aus, sehr befriedigt darüber, daß das bescheidene Verlangen des Bundesgenossen sie der Mühe und Gefahr eines Zusammenstoßes mit dem Dreiverbände enthob.

Weniger hätte das Wiener Kabinett gewiß nicht verlangen können. Gebietsforderungen wurden nur zugunsten Rumäniens und Albaniens gestellt, nicht aber zu eigenem Vorteile; für sich selbst begnügte sich Österreich-Ungarn mit der Wahrung wirtschaftlicher Interessen, zu denen der

¹⁾ Österreichisch-ungarisches Rotbuch, S. 37. In der betreffenden Depesche Berchtolds an den Botschafter Grafen Szögyény in Berlin war hinzugefügt, „daß diese Darlegungen nicht den Charakter eines erschöpfenden Programmes besitzen, sondern nur die Grundzüge unseres Standpunktes enthalten, der den Ereignissen anzupassen sein wird.“ Ein politisch wie stilistisch gleich anfechtbarer Satz.

Bau eines Schienenweges von Bosnien zum Ägäischen Meere gehörte. Ebensovienig waren Regungen des Ehrgeizes in dem von Berchtold am 5. November den Delegationen gehaltenen Vortrage zu verspüren. Nur zu einem raffte sich das Wiener Kabinett auf. Ende Oktober trat Poincaré, um Rußland gefällig zu sein, an die Großmächte mit dem Vorschlage heran, sie möchten ihr Desinteressement an den Vorgängen auf der Balkanhalbinsel erklären, also aussprechen, daß sie selbst dort nichts anstrebten. Da aber Österreich-Ungarn durch die politische Neugestaltung des Balkans stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, wäre es Selbstentmannung gewesen, zu versprechen, es werde alles ohne Einspruch geschehen lassen. Somit lehnte das Wiener Kabinett ab. Indessen bewies das von ihm am 30. Oktober verkündete Programm eine Enthalt- samkeit, die man nicht erwartet hatte. Die Zurückhaltung Österreich-Ungarns war allen Großmächten willkommen, da die Gegner sich über den Verzicht freuten, während Deutschland wieder froh war, daß die Bescheidenheit des Bundesgenossen einen europäischen Zusammenstoß hinausshob.

*

Italien. Erneuerung des Dreibundes (5. Dezember 1912)

Das Programm Österreich-Ungarns klang nur in dem einen Punkte bestimmt, indem es sich entschieden gegen das Vordringen der Serben an die Adria aussprach. Es schützte die Albanesen in dem Rechte auf Selbstbestimmung, so daß den Serben der von ihnen gewünschte Hafen an der Adria verweigert wurde. Die Kraftentfaltung der Donaumonarchie war nicht groß, aber auch sie erklärte sich nur daraus, daß das Wiener Kabinett in diesem Belange nicht allein stand, sondern der Zustimmung Italiens sicher war. Während es sonst immer befürchten mußte, von seinem angeblichen Bundesgenossen hinterrücks angefallen